**Haushaltsrede Sidney Lewandowski für die Linksfraktion in Kamp-Lintfort am 12.12.2017**

-es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrte Damen und Herren,

An erster Stelle möchte ich mich bei der Verwaltung und insbesondere beim Hauptamt bedanken. Fragen und Probleme werden schnell geklärt. Dafür ein großes Dankeschön und auf eine gute Zusammenarbeit weiterhin!

Nun, das Jahr 2017 war ereignisreich!
Viele wichtige Entscheidungen wurden getroffen, die die Stadt Kamp-Lintfort maßgeblich verändern werden. Und natürlich, die Laga 2020 rückt näher.
Als erstes müssen die richtigen und wichtigen Investitionen genannt werden. 36 Mio. sind eine Hausnummer.
Es wird in die Bildung, in die Infrastruktur und in den Lokalsport investiert. Diese große Summe sollte aber nicht abschrecken. Für uns als Linksfraktion steht fest: große Investitionen sind wichtig für eine Stadt. Denn nur wenn investiert wird, bleibt Kamp-Lintfort attraktiv und gut aufgestellt für die Zukunft.
Auch wenn CDU und FDP weniger investieren wollen und dafür lieber Schulden abbauen möchten, ist das der falsche Ansatz. Was nutzt ein Konto mit schwarzen Zahlen, wenn aber die Stadt und insbesondere die Bürgerinnen und Bürger auf der Strecke bleiben? Eine Stadt ist für seine Bevölkerung da und das heißt: Kamp-Lintfort soll lebenswert sein und vieles bieten. Die Stadt sollte nicht wie ein Unternehmen betrachtet werden.

Ein wichtiger Schritt ist das Ankurbeln des sozialen und bezahlbaren Wohnraums. Beachtlich finde ich die Einschätzung der Stadtverwaltung, dass Sozialwohnungen abgebaut wurden und diese in großen Mengen fehlen. Das spricht die Linke seit Jahren an und endlich wird es erkannt! „Der Markt regelt.“ Allen voran hat bei diesem Thema die FDP so agiert und argumentiert. Am liebsten hätte diese neoliberale Schwarz-Weiß-Foto-Partei den Staat aus allem raus. „Privat vor Staat.“ Das aber, sehr geehrte Damen und Herren, ist der falsche Weg! Das zeigen ganz deutlich die Zahlen. Gut, dass die Stadt nun einschreitet, der erste Schritt ist getan. Es darf sich aber auf der Drucksache 579 nicht ausgeruht werden.

Ein weiteres Thema ist die Digitalisierung der Politik hier vor Ort. In beiden Wahlen in diesem Jahr haben alle Parteien die Wichtigkeit erkannt, sich digital neu aufzustellen. Auch Bürgerinnen und Bürger passen sich an und bilden sich weiter. Schulen sollen smarter werden. Was ist aber mit der Politik? Wir als Linke haben einen digitalen Sitzungsdienst beantragt, um Papier und Kosten zu sparen. Nach Hinweisen des Bürgermeisters, dass so etwas geplant ist, stellten wir den Antrag zurück. Das ist ein wichtiges Thema, bei dem wir weiterhin dranbleiben und nachhaken.

Maßgeblich wird die Landesgartenschau die Stadt verändern. Was passiert aber nach der Schau? Was soll dort entstehen? Es muss drauf geachtet werden, dass Wohnraum, Arbeit und Freizeit im gerechten und sozialen Einklang auf dem Gelände stehen. Da ist die Stadt und die RAG gefragt.
Wo wir schon beim Thema Zechengelände sind:
Die Debatte um den Zechenturm ist aus unserer Sicht nicht gut gelaufen und war ein Höhepunkt des schlechten, politischen Stils! Die Linke hat sich als einzige Partei bei dieser Debatte neutral verhalten. CDU und Grüne waren schon früh gegen den Erhalt des Förderturms. Die SPD war gefühlt immer für den Erhalt, egal was ein Gutachten sagt. Nur die Linke nicht. Offen und ehrlich haben wir Kritik geäußert über die von der Verwaltung vorgelegten Kosten. Als Kritikpunkt möchte ich die Lebensdauer der Dachabdichtung nennen oder auch die Blechfassade. Diese Kostenfaktoren wurden

von der Verwaltung ignoriert und nicht genannt. Da hat die Linke anders reagiert. Wir sehen die Kosten weiterhin kritisch. Trotz dieser Punkte haben sich die Bürgerinnen und Bürger für den Turm entschieden. Das respektieren wir als Fraktion auch und haben demnach für den Turm gestimmt. Nicht so wie CDU und Grüne. Wegen diesem Verhalten dürfen wir uns weiterhin anhören: „Die da oben machen doch eh was sie wollen.“ Gut, dass die Linke und die SPD einen anderen Weg gehen!

Kommen wir nun zu den Finanzen.
Die Grundsteuer B Erhöhung vom letzten Jahr bleibt weiterhin bestehen. Wir als Linke bleiben dabei, dass diese Steuererhöhung unsozial ist und die hart arbeitende Bevölkerung und die mit wenig Geld trifft. Die Rentnerinnen und Rentner mit kleiner Rente müssen durch die Nebenkosten in der Miete noch mehr Geld abgeben. Die Familien, die sich ein schönes kleines Haus gebaut hat müssen regelrecht „richtig blechen“. Das lehnen wir weiterhin ab und sind gegen diesen hohen Hebesatz der Grundsteuer von 765 Punkten.

Zusätzlich sehen wir keine große Veränderung beim Personal der Stadt Kamp-Lintfort.
Leider liegen uns als Fraktion keine aktuellen Überstundenzahlen vor! Diese werden aber vermutlich ähnlich hoch sein wie beispielsweise in 2014. Dagegen wird offensichtlich nichts getan um die Politik handlungsfähiger zu machen. In der Vergangenheit hat die Linksfraktion und andere Fraktionen Anträge gestellt. Diese hat aber die Stadtverwaltung abgelehnt, mit dem Argument, dass kein Personal dafür frei sei und die Verwaltung das nicht stemmen könne. Das wurde schon letztes Jahr von mir angesprochen. Leider gibt es dazu keinen Ansatz zur Veränderung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
Im Allgemeinen sehen wir als Linke nicht, was die Verwaltung nach der Landesgartenschau plant, um die Stadt sozialer und attraktiver zu gestalten. Nach Anfrage an die Verwaltung ist keine kommunale Wohnbaugesellschaft geplant. Diese muss aber gegründet werden, um beim Thema bezahlbaren Wohnraum besser aufgestellt zu sein. Die Grundsteuer B bleibt auch weiterhin so hoch und schreckt somit Zuzüge nach Kamp-Lintfort ab. Das Essen an KITAS und Schulen soll weiterhin nicht kostenlos sein. Kostenloses Essen an Schulen und KITAS wäre ein wichtiger Schritt. Das hat auch die SPD erkannt. Nur warum ist bei diesem Thema nichts geplant? Schaut man auf den Kreis, hat auch dort die Verwaltung keinen Plan.
Der soziale Kahlschlag der Jamaika Kooperation, der auf Kreisebene durchgeführt wurde, der wird den Kommunen viel Geld kosten. Die Folgekosten werden uns alle noch beschäftigen.

Meine Damen und Herren, bei aller Kritik von unserer Seite stellen sie sich bestimmt die Frage: Wie will die Linke das besser machen und vor allem wie wollen die das bezahlen?
Welche Lösung bietet die Linke an um den Haushalt mit einer schwarzen Null abzuschließen?
Die CDU bietet keine wahre Lösung an, Kürzungen im sozialen Bereich dürfen keine Lösung sein. Stichwort Jugendtreffs in Kamp-Lintfort. Die Verwaltung hat aber auch keine wirkliche Lösung, auch wenn für 2020 eine schwarze Null geplant ist. Zu welchem Preis denn? Mit einer noch höheren Grundsteuer B?

Wir als Linke sind ehrlich: Es wird in Kamp-Lintfort keine Verbesserung geben, so lange es zu starke Einschnitte im sozialen Bereich und Steuererhöhungen gibt. Hierzu muss eine andere Lösung gefunden werden.

Zitat aus dem Haushalt:
*"Weiterhin zwingend erforderlich ist eine bessere Finanzausstattung der Gemeinden. Neben Ertragsverbesserungen müssten aber auch Aufgabenrückführungen sowie eine striktere Beachtung des Konnexitätsprinzips die Gemeinden finanziell entlasten."*
Das zeigt deutlich, dass der Bund und das Land gefragt sind! Es muss mehr Geld für die Kommunen zur Verfügung gestellt werden. Wenn der Bund Aufgaben an die Städte abgibt, dann müssen diese auch finanziell entlastet werden. Das muss sich sehr schnell ändern, sonst drehen wir uns jedes Jahr immer wieder im Kreis und überlegen, wie wir mit dem wenigen Geld auskommen. Deshalb sagen wir als Linke deutlich: Von selbst kann die Stadt Kamp-Lintfort ohne Steuererhöhungen und soziale Einschnitte keine schwarze Null schreiben. Da sind wir ehrlich und versuchen es nicht wie die CDU mit Kürzungen.

Zum Schluss möchte ich das Thema Derivatgeschäfte ansprechen.
Dieses Verfahren finde ich unsäglich. Nichts darf veröffentlicht werden und alles bleibt hinter verschlossenen Türen.
Dazu ein Ausschnitt einer Pressemitteilung der Stadt:

*"Hätten die Vertreter der damaligen WestLB den früheren Kämmerer Paulini und seine Mitarbeiter serös beraten und darüber aufgeklärt, dass sie einen Vertrag empfehlen, der ein unbegrenztes Risiko mit der Gefahr eines Millionenschadens für die Stadt beinhaltet, wäre es niemals zum Abschluss gekommen"*

Auf unserer Nachfrage, ob ein Millionenschaden für die Stadt entstanden ist, kann die Verwaltung nicht antworten. Das ist ein richtiger Skandal! Wie kann es sein, dass ein Kämmerer und ein Bürgermeister sich bedeckt halten und keiner darf erfahren, was das genau für die Stadt Kamp-Lintfort bedeutet?
Dazu etwas Persönliches an die SPD. Nach der Abstimmung für den Vergleich kam Kritik von der SPD auf das Stimmverhalten meiner Fraktion und mir. „Wie hättet ihr es gelöst?", hieß es. Dazu möchte ich ganz deutlich sagen: Fragwürdige Finanzgeschäfte gibt es mit der Linken nicht! So hätten wir als Linke das Thema gelöst. Wir hätten erst gar nicht solche Geschäfte abgeschlossen, egal wie die Lage zu dem Zeitpunkt gewesen wäre.

Abschließend möchte ich sagen: Wir lehnen wegen der vielen, schwerwiegenden Punkten den Haushalt der Stadt Kamp-Lintfort für das Jahr 2018 ab!